

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 22. Mai 1964

Blatt 1203

Die jungen Gemeindebediensteten fahren in die Wachau
=====

22. Mai (RK) Der städtische Personalreferent Stadtrat Bock hat 800 junge Gemeindebedienstete für Mittwoch, den 27. Mai, zu einem Schiffsausflug in die Wachau eingeladen. Diese traditionelle Ausflugsfahrt, die unter dem Motto "Wir wollen einander kennenlernen" steht, führt bis Krems, wo die Gemeindebediensteten von Vertretern der Stadtverwaltung begrüßt werden. Das Sonderschiff der DDSG "Stadt Wien" wurde für diesen Ausflug gechartert.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, an dieser Schifffahrt teilzunehmen. Abfahrt: Mittwoch, 27. Mai, pünktlich um 7 Uhr früh von der DDSG-Station Wien-Nußdorf (Straßenbahnlinie D). Fahrkarten und Gutscheine für Essen und Trinken werden gegen Vorweis der Presselegitimation vor Betreten des Schiffes ausgegeben. Mit der Rückkunft kann ungefähr um 20.30 Uhr in Nußdorf gerechnet werden.

- - -

Integrationsenquete im Wiener Rathaus
=====

22. Mai (RK) Eine Enquete unter dem Titel "Integrationsprobleme aus Wiener Sicht" wird am Donnerstag, dem 18. Juni, im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses stattfinden. An der Enquete werden sich die beiden großen Interessenvertretungen - die Kammer der gewerblichen Wirtschaft und die Arbeiterkammer - durch Referate beteiligen. Zur Diskussion werden alle mit Integrationsfragen befaßten Wiener Stellen eingeladen.

Zweck der Enquete ist es, rechtzeitig damit zu beginnen, die Wiener Wirtschaft auf eine eventuelle wirtschaftliche Integration Europas wirksam vorzubereiten. Die Stadt Wien glaubt, daß die erforderlichen Untersuchungen über die Auswirkungen einer Integration und über die Maßnahmen schon jetzt begonnen werden sollen, auch wenn Zeitpunkt und Form der Beteiligung Österreichs noch nicht abzusehen sind. Die Veranstaltung im Wiener Rathaus soll ein Beginn zu einer wirksamen Zusammenarbeit bei der Lösung von Integrationsproblemen bilden, die sich speziell aus der Wiener Sicht ergeben.

Das Programm der Enquete

Die Integrationsenquete beginnt um 9 Uhr mit der Begrüßung durch Bürgermeister Jonas. Unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Slavik werden dann die Referate erstattet. Gemeinderat Dkfm. DDr. Prutscher spricht für die Kammer der gewerblichen Wirtschaft über das Thema "Integrationsprobleme aus der Sicht der Wiener Wirtschaft".

Kammersekretär Dkfm. Dr. Otto Wanke von der Kammer für Arbeiter und Angestellte hält ein Referat über "Die Integration aus der Sicht der Wiener Arbeitnehmerschaft".

Der Leiter des Österreichischen Institutes für Raumplanung Ing. Werner Jäger spricht über "Der Wiener Raum in der Integration".

Nach einer Mittagspause wird um 14.30 Uhr die Diskussion eröffnet, die unter der Leitung von Vizebürgermeister Slavik stehen wird. Am Abend ist zum Abschluß der Enquete ein Empfang bei Bürgermeister Jonas vorgesehen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der internationalen Enquete im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses, die am 18. Juni um 9 Uhr beginnt, einen Berichterstatter zu entsenden.

Morgen Samstag:Der Eröffnungstag der Wiener Festwochen
=====

22. Mai (RK) Die 14. Wiener Festwochen werden morgen, Samstag, den 23. Mai, um 20.30 Uhr auf dem Wiener Rathausplatz eröffnet. Bei Schlechtwetter wird die Veranstaltung in den Festsaal des Rathauses verlegt. Der Eröffnungsakt wird durch Armin Kaufmanns "Festwochenfanfare" eingeleitet, daran schließt sich der Festmarsch Es-Dur op. 1 von Richard Strauss.

Nach der Begrüßung der Festgäste durch Vizebürgermeister Mandl sprechen Bürgermeister Jonas, Unterrichtsminister Dr. Piffl-Perčević und nach der Phantastischen Ouverture op. 15 von Franz Schreker Bundeskanzler Dr. Klaus.

Den Abschluß der Feierlichkeiten auf dem Rathausplatz bildet wie immer der Johann Strauß-Walzer "An der schönen blauen Donau", getanzt vom Wiener Staatsopernballett mit Primaballerina Edeltraud Brexner, Choreographie: Richard Novotny. Gesamtleitung: Ewald Vondrak. Den musikalischen Teil der Eröffnungsfeier bestreiten die Wiener Symphoniker unter dem Dirigenten Max Heider. Während des Walzers "An der schönen blauen Donau" wird die Festbeleuchtung des Wiener Rathauses eingeschaltet. Während der Festbeleuchtung, die bis 23 Uhr dauert, konzertiert auf dem Rathausplatz das große Blasorchester der Wiener Verkehrsbetriebe unter dem Dirigenten Gaigg.

Außer dem Festakt auf dem Rathausplatz finden noch auf 15 anderen Plätzen der Inneren Stadt Veranstaltungen statt, und zwar: Im Burggarten Konzert der Musikkapelle des Gardebataillons Wien, im Heiligenkreuzer Hof Chorkonzert der Wiener Sängerknaben, auf dem Heldenplatz Konzert der Polizeimusik Wien und Chorkonzert der Polizei Wien, im Inneren Burghof Chorkonzert der Chorvereinigung "Jung Wien", auf dem Josefsplatz Orchesterkonzert des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters, auf der Albrechtsrampe singt der Arbeitersängerbund begleitet vom vereinigten Akkordeon-Orchester des VAMÖ und dem Landesverband der Trachtenvereine, auf dem Stephansplatz singt der Schubertbund, auf dem Graben vor der Ersten Österreichischen Sparkasse singt der Männergesangverein, auf dem Michaelerplatz hat der Lehrer-a-capella-Chor ein Konzert

angekündigt, auf dem Lugeck singt der Sängerbund für Wien und Niederösterreich, Kreis 7, auf der Freyung singt der Sängerbund für Wien und Niederösterreich, Kreis 8, auf dem Neuen Markt spielt das Blasorchester der Gaswerke, auf dem Graben spielt das Blasorchester der Verkehrsbetriebe, auf dem Hohen Markt spielt das Orchester der E-Werke und auf der Freyung ein weiteres Orchester der Verkehrsbetriebe.

Diese Veranstaltungen beginnen um 21.30 Uhr und dauern etwa eine Stunde.

Wie Bürgermeister Jonas schon in seiner letzten Radiorede mitteilte, ist es dieses Jahr zum erstenmal gelungen, die gesamte Innere Stadt in die Eröffnungsfeierlichkeiten einzubeziehen. Daraus hat sich die Notwendigkeit ergeben, ein weitgehendes Fahrverbot für diesen Stadtteil auszusprechen. Es werden daher alle Autofahrer ersucht, morgen Samstag, in der Zeit von 21 bis 23 Uhr mit ihrem Fahrzeug nicht die Innere Stadt zu passieren. Im vergangenen Jahr waren laut polizeilicher Schätzung etwa 60.000 Menschen am Eröffnungstag unterwegs. Falls das Wetter halbwegs günstig ist, werden diesmal - angelockt durch die zahlreichen Darbietungen in der Inneren Stadt - noch mehr Besucher kommen, um den großen musikalischen Auftakt zu den Wiener Festwochen mitzufeiern.

Wie die Bundespolizeidirektion mitteilt, wird ab 20 Uhr der Ring-Verkehr zwischen Schwarzenbergplatz und Schottentor umgeleitet. Von 20.30 Uhr bis 23 Uhr ist der 1. Bezirk innerhalb des Ringes und Kais für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt. Ausnahmen bestehen lediglich für die verschiedenen Einsatzfahrzeuge und Fahrzeuge, die den ersten Bezirk verlassen müssen.

- - -

Festwochen-Vorlesungen in den Städtischen Büchereien
=====

22. Mai (RK) Montag, 25. Mai: In der Städtischen Bücherei (Lehrlingsbücherei), 15, Hütteldorfer Straße 7-17, liest Oskar Jan Tauschinski für Jugendliche aus eigenen Werken (16 Uhr).

Dienstag, 26. Mai: In der Städtischen Bücherei (Lehrlingsbücherei), 6, Mollardgasse 87, liest Othmar Franz Lang für Jugendliche aus eigenen Werken (16 Uhr). In der Städtischen Bücherei, 22, Stadlau, Erzherzog Karl-Straße 169, liest Oskar Jan Tauschinski für Erwachsene aus eigenen Werken (19.30 Uhr).

Mittwoch, 27. Mai: In der Städtischen Bücherei, 2, Zirkusgasse 33, liest Vera Ferra-Mikura für Kinder aus eigenen Werken (15 Uhr). In der Städtischen Bücherei, 3, Fasangasse 35-37, liest Erich Dolezal für größere Kinder aus eigenen Werken (15.30 Uhr). In der Zentrale der Städtischen Büchereien, 8, Schmidgasse 18, lesen Jeannie Ebner und Friederike Mayröcker aus eigenen Werken. Einführende Worte Dr. Heinz Rieder (19.30 Uhr). In der Städtischen Bücherei, 10, Raxstraße 15, liest Othmar Franz Lang für größere Kinder aus eigenen Werken (16 Uhr). In der Städtischen Bücherei, 14, Hickelgasse 4-6, liest Irene Stemmer für Kinder aus eigenen Werken (15 Uhr). In der Städtischen Bücherei, 22, Donaufelder Straße 259, liest Vera Ferra-Mikura für Kinder aus eigenen Werken in der Zeit von 9 bis 11 Uhr vormittags. In der Städtischen Bücherei, 22, Siegesplatz 7, liest Mira Lobe für Kinder aus eigenen Werken (15 Uhr).

Freitag, 29. Mai: In der Städtischen Bücherei, 15, Felberstraße 42-46, liest Oskar Jan Tauschinski für Erwachsene aus eigenen Werken (19.30 Uhr). Diese Veranstaltung findet gemeinsam mit der Städtischen Bücherei, 15, Hütteldorfer Straße 81 a, statt.

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in der kommenden Woche
=====

22. Mai (RK) In der kommenden Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Mittwoch, 27. Mai:

17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43.

Sitzung des Wiener Landtages
=====

22. Mai (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek tritt der Wiener Landtag zu einer Sitzung zusammen.

An Anfragen liegen vier der KLS vor. Die Abgeordneten Dr. Stemmer, Jodlbauer und Genossen (SPÖ) haben einen Antrag, betreffend Überprüfung der Vorschriften über die Überfliegung des verbauten Stadtgebietes von Wien, eingebracht. Ein Antrag der Abgeordneten Dkfm. DDr. Prutscher, Kabesch und Genossen (ÖVP) betrifft gleichfalls das Überfliegen des Wiener Stadtgebietes. Ein von den Abgeordneten Haag, Ebert und Genossen (ÖVP) eingebrachter Antrag verlangt eine Novellierung des Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetzes. Die Anträge werden zur weiteren Behandlung den zuständigen Amtsführenden Stadträten zugewiesen.

Die Vorlage des Gesetzes betreffend die Gemeindewahlordnung der Stadt Wien wird von der Tagesordnung abgesetzt, da sie vom zuständigen Gemeinderatsausschuß XI nicht vorberaten wurde und daher über sie nicht verhandelt werden kann.

Über ein Ersuchen des Bezirksgerichtes Baden, um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Otto Gratzl (SPÖ) referiert Abgeordneter Dr. Jakl (SPÖ). Da es sich um einen Verkehrsunfall handelt, den Abgeordneter Gratzl im Februar dieses Jahres hatte, wurde vom Immunitätskollegium der Auslieferung zugestimmt. Der Redner ersucht daher auch die Mitglieder des Wiener Landtages, dem Auslieferungsbegehren stattzugeben. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

22. Mai (RK) Im Anschluß an den Wiener Landtag tritt der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen.

An Anfragen liegen drei der KLS, zwei von der FPÖ und drei von der ÖVP vor. Die Abgeordneten Dr. Gisel und Genossen (SPÖ) haben eine Anfrage, betreffend Meldung einer heutigen Morgenzeitung über angebliche Krebsgefahr durch die Chlorierung des Wiener Trinkwassers eingebracht und die Verlesung und Besprechung der Anfrage verlangt. Vor Schluß der Sitzung soll über dieses Verlangen abgestimmt werden.

Es werden ferner folgende Anträge eingebracht: Von GR. Maller und Genossen (KLS) über Bereitstellung von Abfallkörben auf Straßen und Plätzen; von den Gemeinderäten Dr. Stemmer, Jodlbauer und Genossen (SPÖ), betreffend Überprüfung der Vorschriften über die Überfliegung des verbauten Stadtgebietes von Wien; von GR. Böhm und Genossen (FPÖ) drei Anträge, die die Anbringung einer größeren und nachts beleuchteten Fahrtrichtungstafel verlangen, ferner die Verlegung der Autobushaltestelle der Linie 13 auf der Ankunftsseite des Süd- und Ostbahnhofes sowie die Verlängerung der Straßenbahnlinie 31/5 bis zum Bahnhof Groß-Jedlersdorf während der Verkehrsspitzen; von GR. Dkfm. DDr. Prutscher, Kowarsch und Genossen (ÖVP) einen Antrag, betreffend Schaffung eines Generalverkehrsplanes für Wien, und von Dipl.-Ing. DDr. Strunz, Dr. Habl und Genossen (ÖVP) einen Antrag, betreffend Erhöhung der Strafbestimmungen bei Übertretung der Vorschriften zum Schutz der Wasserversorgungsanlagen der Stadt Wien. Die Gemeinderäte Bolaffio, Wagner und Genossen (ÖVP) verlangen in einem Antrag ein Durchfahrtsverbot für Tankwagen durch Wien.

Die genannten Anträge werden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Zum Ausbau der Hubertusdammstraße

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referiert GR. Pfösch (SPÖ). Er stellt den Antrag, die beim Ausbau der Hubertusdammstraße von der Reichsbrücke bis zur Floridsdorfer Brücke entstandenen Mehrkosten in Höhe von 5,5 Millionen Schilling zu genehmigen. Die bis-

her vorgesehenen Kosten beliefen sich auf 28,5 Millionen Schilling, erhöhten sich aber durch verschiedene unvorhergesehene Arbeiten sowie durch Lohn- und Preiserhöhungen um den genannten Betrag auf 34 Millionen Schilling.

In der Debatte weist GR. DDr. Prütscher (ÖVP) auf die im April dieses Jahres stattgefundene Polemik zwischen dem Kuratorium für Verkehrssicherheit und dem Magistrat bezüglich der Abfahrt von der Reichsbrücke zum Kaisermühlendamm hin. Vom Kuratorium wurde diese neue Abfahrt als Autofalle bezeichnet, kurz darauf hat der Magistrat dies offiziell widerlegt. Der Debattenredner meint, es sei nicht zweckmäßig, solche Dinge im Rahmen von Zeitungspolemiken zu behandeln. Es müßten sich andere Wege finden lassen, um festzustellen, was richtig und was falsch ist.

Sodann kommt DDr. Prutscher auf das kürzlich vorgelegte Projekt des Baues einer Unterpflasterstraßenbahn durch die Innere Stadt zu sprechen und meint, daß solche Projekte erst nach Durchführung des Generalverkehrsplanes zur Sprache gebracht werden sollten. Man sollte derlei Dinge nicht aus wahltaktischen oder anderen Gründen voreilig bekanntgeben, sondern zunächst gründlich vorplanen und vorberaten. Projektieren ohne Planen koste nur Geld. Dem Antrag gebe seine Fraktion die Zustimmung.

Im Schlußwort stellt GR. Pfösch fest, daß bei der Abfahrt zum Kaisermühlendamm nur irrtümlich auf einer kurzen Strecke eine falsche Schraffierung angebracht wurde, die man jedoch sofort korrigierte. Seither gibt es keinerlei Schwierigkeiten auf dieser Abfahrt. Die übrigen Bemerkungen des Debattenredners stünden, so betont der Berichterstatter, in keinem Zusammenhang mit dem Antrag.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Gemeinde Wien gibt wieder drei Millionen für den Stephansdom

Hierauf referiert GR. Planek (SPÖ) über den Antrag, zur Fortsetzung der Restaurierungsarbeiten am Wiener Stephansdom aus der Gemeindekasse einen Betrag von drei Millionen Schilling in zehn Jahresraten zu je 300.000 Schilling zu gewähren. Wie er ausführt, ist das Ausmaß der Schäden größer als ursprünglich angenommen. Es hat sich ein zusätzlicher Bedarf von 30,5 Millionen Schilling ergeben, der wiederum vom Bund, den Bundesländern, dem

Wiener Domerhaltungsverein und verschiedenen anderen Körperschaften aufgebracht werden wird. Der Berichterstatter gibt seiner Genugtuung über diesen Antrag Ausdruck, weil er beiträgt, ein Bauwerk zu erhalten, das uns allen ans Herz gewachsen ist.

GR. Liwanec (SPÖ) verweist neuerlich darauf, daß es eine der wichtigsten Kulturaufgaben einer Stadtverwaltung ist, dafür zu sorgen, daß sich die Kultstätten und Gotteshäuser in einem würdigen Zustand befinden. Der Redner erinnert daran, daß es nicht das erstemal ist, daß der Wiener Gemeinderat einen derartigen Antrag behandelt. Noch unter Bürgermeister Körner wurde die Sanierung des Stephansdomes begonnen und damals dem Wunsch der Dompfarre von St. Stephan vom Wiener Gemeinderat selbstverständlich Rechnung getragen. Keine Partei hatte auch nur das geringste daran auszusetzen, und die gesamte Bevölkerung sieht in dieser Restaurierung eine selbstverständliche Verpflichtung.

Außer diesen großen Beträgen zur Sanierung - wobei die Leistung der Stadt Wien so groß ist, wie jene aller anderen Bundesländer zusammen - wurde 1959 eine Subvention von 500.000 Schilling zur Errichtung einer Dombauhütte gegeben. Darüber hinaus hat die Stadt Wien auch anderen Religionsgemeinschaften geholfen, ihre Kultstätten in Ordnung zu bringen. So wurde zur Erhaltung der Lutherischen Stadtkirche eine größere Subvention gewährt, und auch kleineren Religionsgemeinschaften, zum Beispiel den Altkatholiken, wurde bei der Instandsetzung ihrer Kirchen geholfen. Die Gemeinde sieht es als eine Pflicht an, den Religionsgemeinschaften bei der Erhaltung ihrer Kultstätten zu helfen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

GR. Nora Hiltl (ÖVP) bezeichnet es als ein Herzensbedürfnis, diese Subvention zur Erhaltung des Wiener Wahrzeichens, des Stephansdomes, zu gewähren. Der Stephansdom ist ja nicht nur ein Wahrzeichen von Wien, sondern darüber hinaus Besitz von ganz Österreich. Da zu den weiteren Renovierungsarbeiten weitere 30 Millionen benötigt werden, ist es sehr erfreulich, daß sich die Bundeshauptstadt verpflichtet, eine Subvention von drei Millionen zu geben. Es ist auch wieder vorgesehen, daß der Bund und die Bundesländer einen Beitrag leisten, wobei von den Ländern Niederösterreich und Tirol bereits positive Zusagen vorliegen. Bedauerlich ist, daß Kärnten einen negativen Bescheid gegeben hat. (Vize-

bürgermeister Slavik: Da sind Sie falsch informiert! Die haben den Betrag schon geleistet!) Das ist sehr erfreulich. Ich habe mich in meinen Ausführungen an den Akt gehalten, und zu diesem Zeitpunkt war vermerkt, daß sich Kärnten noch nicht bereit erklärt hatte. Es wäre sehr bedauerlich, wenn ein Bundesland, und gerade Kärnten, sich aus der Reihe gestellt hätte. (GR. Liwanec: Da müßten wir ja die Kärntner Straße umbenennen!) Jedenfalls ist damit das Zeichen gegeben, daß einmütig in ganz Österreich der Wille zur Mitarbeit besteht. Im Dom ist in einer Tafel eingezeichnet, welche der wiedererstandenen Teile von den Bundesländern gestiftet wurden, und daran erkennt auch jeder Ausländer, wie dieser Dom tatsächlich ein Wahrzeichen, ein Herzensstück von ganz Österreich ist.

Es ist erfreulich, daß GR. Liwanec von der Verpflichtung der Gemeinde gesprochen hat, die religiösen Gemeinschaften bei der Erhaltung kirchlicher Bauwerke zu unterstützen. Es gibt manche Bauwerke kirchlicher Art, die eine Subvention der Gemeinde Wien brauchen würden und es ist zu hoffen, daß eine entsprechende Bitte dann Unterstützung finden wird.

Mit der Gewährung dieser Subvention für zehn Jahre wurde eine Tat gesetzt, die Wiens würdig ist und die den Fremden zeigt, daß hier ein Volk lebt, das weiß, was es seinen Baudenkmalern schuldig ist. Die ÖVP begrüßt diese Subvention und wird dem Antrag ihre Zustimmung geben.

In seinem Schlußwort erklärt GR. Planek, daß dieser Dom ein dreifaches Symbol ist: Symbol eines gewaltigen Zeitalters, der Gotik, Symbol des Zum-Himmel-Strebens und Symbol für Werkmannsarbeit, für Arbeit von Menschen, die eine gewisse Liebe zum Werk haben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorbereitung der nächsten Wohnbauprogramme

Die Verhandlungen zum Antrag über die Vorbereitung des Wohnbauprogramms 1965 und 1966 leitet Stadtrat Heller ein. Nach diesem Antrag wird das Stadtbauamt beauftragt, die zur Beschaffung der Baupläne und zur Freimachung der Grundstücke erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen. Es ist vorgesehen, in insgesamt 15 Wiener Gemeindebezirken in den Jahren 1965 und 1966 weitere große städtische Wohnhausanlagen zu errichten.

Als nächster Debattenredner nimmt GR. Jodlbauer (SPÖ) die Gelegenheit wahr, Betrachtungen über die Leistungen der Gemeinde Wien auf dem Wohnbausektor anzustellen. Der Redner rühmt die Baugesinnung, die den Mitbürgern gesunde und schöne Wohnungen zu verschaffen bestrebt ist. Die bisher erbrachten Leistungen sind als großartig zu bezeichnen: seit dem Kriegsende konnten 72.761 neue Wohnungen übergeben werden. Derzeit befinden sich 10.286 Wohnungen in Bau. Da auf eine Wohnung im Durchschnitt drei Personen entfallen, bedeutet dies, daß 230.000 Menschen eine neue Wohnung bekommen haben. Das entspricht etwa der heutigen Einwohnerzahl der steirischen Landeshauptstadt. Mit anderen Worten: es ist in unserer Stadt eine ganze Stadt Graz mit neuen gesunden Wohnungen entstanden!

Hinter diesen Zahlen stecken eine enorme Arbeit und lange vorausschauende Planung. Als Beispiel einer gut geplanten aufgelockerten Wohnsiedlung wären die 1.600 neuen Wohnungen in der Langobardenstraße im 22. Bezirk zu nennen, wo eine kleine Stadt im Grünen entsteht, die ihrer Einwohnerzahl nach etwa der Stadt Horn in Niederösterreich entspricht.

Nicht nur der Zahl nach, auch in der Größe und der Ausstattung sind die neuen Wohnungen der Stadt Wien den Menschen des 20. Jahrhunderts entsprechend gebaut. Mit einer durchschnittlichen Größe von 58 Quadratmeter, der Ausstattung mit Zentralheizungen, Aufzügen, Naßgeräten und Kücheneinrichtungen repräsentieren sie einen Wohnungsstandard, der den Mieter vielfach zwingt, sich auch im übrigen Lebensstandard seiner neuen Wohnung anzupassen. Mit Genugtuung kann man beobachten, mit wieviel Sorgfalt und Liebe die neuen Wohnungen zu einer gesunden Heimstatt für glückliche Familien ausgestattet werden.

Angesichts der ständigen Verschönerung des Stadtbildes müssen ausländische Pressemeldungen mit Befremden zur Kenntnis genommen werden, in denen sich ein kleiner hinterwäldlerischer Geist zeigt. So hat ein Besuch von Abgeordneten des Landkreises Heilbronn in Wien in dem Blatt "Landkreis Heilbronn" eine Pressemeldung hervorgebracht, in der das Wiener Stadtbild recht schäbig beschrieben wird. Eine derartige Gesinnung ausländischer Gäste wird von den Wienern abgelehnt. Wir wissen jedenfalls um die Anstrengungen der Stadtverwaltung, Wien zu verschönern.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Großzügige Wirtschaftsförderung der Stadt Wien

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung ergreift GR. Jodlbauer (SPÖ) als Referent das Wort. Der Redner weist darauf hin, daß der Gemeinderat bereits am 22. Mai 1959 eine Kreditaktion zur Wirtschafts- und Gewerbeförderung beschlossen hat, nach der Kredite zwischen 10.000 und 100.000 Schilling auf zehn Jahre gewährt werden. Das erste Jahr bleibt rückzahlungsfrei, die Verzinsung beträgt vier Prozent per Jahr. Die Gemeinde Wien leistet eine 50prozentige Bürgschaft und unterstützte die Kreditaktion durch eine zweckgebundene Einlage. Der Kreditrahmen mußte in der Zwischenzeit auf 110 Millionen und soll mit heutigem Beschluß auf 120 Millionen Schilling erhöht werden. Im Hinblick auf die Bedeutung einer umfassenden Wirtschaftsförderung in Wien wird der Antrag gestellt, für einen weiteren Betrag von fünf Millionen Schilling (insgesamt somit für 60 Millionen), zuzüglich Zinsen und Kosten gemäß Paragraph 1357 ABGB. die Haftung als Bürge und Zahler zu übernehmen. Ferner soll der Magistrat ermächtigt werden, der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien einen Betrag bis zu zehn Millionen Schilling - insgesamt somit bis zu einem Höchstbetrag von 120 Millionen Schilling - zu einem Zinssatz von einem Prozent pro Jahr zur Verfügung zu stellen, um weitere Investitionskredite an gewerbliche Betriebe in Wien zu einem Zinssatz von vier Prozent pro Jahr zu ermöglichen.

GR. Marek (SPÖ) ergreift zu diesem Antrag das Wort und hebt seine Bedeutung für die gewerbliche Wirtschaft Wiens hervor. Der Redner streift die Entwicklung des Wiener Gewerbes und betont den hohen Anteil der Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe am gesamten Gewerbe der Stadt.

Das Gewerbe soll nach der Absicht der Wiener Stadtverwaltung in das kommunalpolitische Konzept organisch eingebaut werden. Schon im Wahlprogramm der Sozialisten von 1959 ist in dem Abschnitt "Arbeit für alle" zur Erhaltung der Vollbeschäftigung die Aufschließung neuen Industriegeländes und die Ansiedlung neuer gewerblicher Betriebe in Wien vorgesehen. Auf Grund dieses Programmes ist es bereits gelungen, zwei Industrieunternehmungen, nämlich eine Möbelfabrik und eine Kettenfabrik, im Raum von Wien anzusiedeln. Diese Unternehmungen bauen mit einem Kredit von

5,8 bzw. zehn Millionen auf 20 Jahre, verzinslich mit fünf-einviertel bis fünf-dreiviertel Prozent. Erfolgversprechende Verhandlungen mit anderen Industrieunternehmen lassen die Hoffnung auf die Ansiedlung weiterer, größerer Betriebe berechtigt erscheinen.

Im genannten Wahlprogramm der Sozialisten sind auch billige Kredite für Investitionen vorgesehen. So stellt der heutige Antrag die Fortsetzung des kommunalpolitischen Programmes der Wiener Sozialisten dar. Er ist von besonderer Bedeutung für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe und deshalb sehr zu begrüßen.

Auch die Kreditaktion zur Instandsetzung von Wohnhäusern liegt auf derselben Linie. Durch diese Aktion konnten bisher 2.990 Althäuser renoviert werden. Das entspricht etwa einem Gelände von der Größe Ottakrings, das damit vor dem Verfall bewahrt wurde.

Auch die Kreditaktion für das Gast- und Schankgewerbe ist hier zu nennen. Sie wurde im Jahr 1962 beschlossen und läuft bis 1972. 20 Prozent des Getränkesteueraufkommens (bis 25 Millionen) zuzüglich der Rückflüsse werden dem Gast- und Schankgewerbe als zinsenlose Kredite zur Verfügung gestellt, um im Interesse des Fremdenverkehrs Investitionen vorzunehmen. Nach fünf Jahren kann bei pünktlicher Rückzahlung der halbe Kreditbetrag nachgesehen werden. Die Stadtverwaltung hofft, dadurch zur Erhaltung der typisch wienerischen Gaststättenarten beizutragen.

In der Hotelkreditaktion werden 30 Millionen Schilling ausgeschüttet. Der Einzelkredit von 100.000 bis zwei Millionen Schilling zu sechseinhalb Prozent wird von der Gemeinde und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft durch einen Zinsenzuschuß von je eindreiviertel Prozent gefördert.

Der Redner erwähnt dann noch die Kreditaktion für Kinobesitzer und die mit März abgelaufene Aktion für Einbauküchen und Kühlschränke, die von 24.279 Haushalten in Anspruch genommen wurde.

Abschließend verweist GR. Marek darauf, daß es sich hier wieder um eine Fortsetzung des großen Konzeptes der Wiener Gemeindeverwaltung handle, dem Gewerbe in unserer Stadt nicht nur zu helfen sondern ihm auch Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.

GR. DDr. Prutscher (ÖVP) sagt, man müsse trachten, alle Mittel auch zweckentsprechend und richtig anzuwenden. Er verweist auf die Standortberatungsstelle, die zu diesem Zweck geschaffen wurde. Besonderes Augenmerk werde man der Integrationsfrage zuwenden müssen.

Jedenfalls könne man feststellen, daß der gewerbliche Betrieb, den Marx vor 100 Jahren totgesagt hat, trotzdem am Leben blieb und es sich als notwendig für Wien herausstellt, diesem Stand die entsprechenden Möglichkeiten zu geben. Wir begrüßen daher auch diese Aktion, die letztlich allen Wienern wieder zugute kommen wird.

GR. Jodlbauer (SPÖ) unterstreicht im Schlußwort neuerlich, wieviele Aktionen die Stadt Wien zur Förderung der Wirtschaft und des Gewerbes ins Leben gerufen hat. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß das, was auf diesem Gebiet in Wien geschah, für Österreich einmalig ist und bis heute nicht nachgemacht wurde.

Man darf aber auch nicht vergessen, daß heute noch tausende kleine Handwerksbetriebe in Kellerlokalen und finsternen Hinterhöfen arbeiten. Hier wird man durch die Schaffung neuer Standorte und neuer Lokalitäten ebenfalls dem Gewerbe helfen müssen.

Abschließend erklärte der Referent, wenn wir gemeinsam wollen und gemeinsam arbeiten, werden wir dem Wiener Gewerbe am besten helfen. Ein kleines Stück dieses Helfens stellte auch dieser Antrag dar.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Subvention für Kinderturnen und Kinderschwimmen

GR. Pfösch (SPÖ) referiert sodann einen Antrag, zur Durchführung des Kinderturnens und Kinderschwimmens für das Jahr 1964 dem Arbeiterturn- und Sportverein eine Subvention von 180.000 Schilling und der Turn- und Sportunion 90.000 Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) verlangt auch die Subventionierung des Allgemeinen Turnverbandes.

GR. Pfösch sagt im Schlußwort, daß der Sportbeirat das Ansuchen abgelehnt habe, weil nicht Nachfolgegruppen des Deutschen Turnerbundes subventioniert werden sollen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Wiener Wohnbauaktion 1964

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legt dann dem Wiener Gemeinderat den Antrag auf Genehmigung der "Wiener Wohnbauaktion 1964" vor.

Der Vizebürgermeister erinnert daran, daß der Wiener Gemeinderat im November 1958 den Beschluß gefaßt hatte, die "Neue Wiener Wohnbauaktion" ins Leben zu rufen, durch die 10.000 Wohnungen errichtet werden konnten. Diese Aktion hat einen so starken Anklang gefunden, daß nicht wie vorgesehen, jährlich 2.000 Wohnungen bewilligt wurden, sondern bereits nach zweieinhalb Jahren die Genehmigung für alle 10.000 Wohnungen erteilt war. Trotzdem haben die Anmeldungen für diese Aktion nicht aufgehört. Derzeit liegen noch 6.000 Ansuchen für die erste Aktion unerledigt. Deshalb soll nun die neue Aktion ins Leben gerufen werden. Unter Mithilfe vieler Stellen ist ein Vorschlag zustandegekommen, der sich in vielen Punkten sehr wesentlich von der ersten Aktion unterscheidet.

Der Referent schildert dann die Modalitäten der neuen Wohnbauaktion, durch die wieder die Errichtung von 10.000 Wohnungen gefördert werden soll, wobei diesmal nicht mehr als 2.000 Wohnungen pro Jahr bewilligt werden. Der Vizebürgermeister berichtet auch über die wichtigsten Änderungen gegenüber der ersten Aktion, die die Beschränkungen bei der Wohnfläche und den Baukosten, die Kreditlaufzeit und die Bauaufsicht betreffen.

Um der Bodenspekulation zu begegnen, dürfen Bauten, die auf einem Grund errichtet werden sollen, der zu überhöhten Preisen erworben wurde, nicht gefördert werden. Es ist auch eine Begrenzung in der Höhe der Baukosten pro Quadratmeter Nutzfläche festgesetzt. Die Eigenmittelaufbringung ist nach der Personenzahl gestaffelt und die Rückzahlungsquote wiederum richtet sich prozentuell nach der Eigenmittelaufbringung.

Dem Beirat dieser Wohnbauförderungsaktion werden die Amtsführenden Stadträte für das Bauwesen, für baupolizeiliche Angelegenheiten und für Finanzwesen angehören. Dazu sollen drei Mitglieder des Wiener Gemeinderates kommen und drei Stellvertreter.

Abschließend spricht Vizebürgermeister Slavik die Hoffnung aus, daß die Aktion vor allem jungen Leuten die Möglichkeit bieten soll, zu einer Wohnung zu kommen. Wir haben heute Jugendsparer, Jugendprämiensparer, Bausparer usw.

Für alle diese Gruppen besteht die Möglichkeit, sich an dieser Aktion zu beteiligen, da sie auch durch ihre Sparverträge die Möglichkeit zur Kreditaufnahme haben. Er appelliert gleichzeitig an die Genossenschaften, sich um die jungen Menschen zu kümmern und ihnen bei der Schaffung von Wohnraum und bei der Familiengründung zu helfen. Man kann rechnen, daß durch diese Wohnbauaktion zirka 35.000 Menschen ein Obdach bekommen. Das entspricht einer Stadt wie Wiener Neustadt oder Villach. Darüber hinaus trägt die Aktion auch dazu bei, die Vollbeschäftigung und die Ausnützung der Baukapazität zu gewährleisten. Die großen Mittel, die für sie aufgewendet werden, werden also gut und nutzbringend verwendet. Er dürfe jedoch nicht verhehlen, was eine solche Wohnbauaktion kostet: bei einer Kreditgewährung von 25 Jahren muß man rechnen, daß der Zinsendienst zirka die Höhe des Kapitals ausmacht. Die Durchführung dieser Aktion wird also in den 28 Jahren 200 Millionen Schilling kosten. Wir rechnen aber damit, daß durch die Aktion zusätzlich Wohnraum geschaffen wird und wir 10.000 glückliche Familien in unserer Stadt haben werden, die über moderne und schöne Wohnungen verfügen können. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

GR. Hausner (KLS) kritisiert, daß Gemeinderäte, die nicht den beiden Koalitionsparteien angehören, keine Möglichkeit zur Akteneinsicht hatten und den vorliegenden Antrag erst gestern zugestellt erhielten. Ein derartig umfangreicher Antrag bedürfe jedoch eines längeren Studiums.

Die Proporz aufteilung der Mittel bezeichnet GR. Hausner als unrichtigen Handel, denn die Möglichkeit der Kreditvergebung sollte nicht von der Parteizugehörigkeit des Kreditwerbers abhängig gemacht werden.

Anschließend erinnert der Debattenredner daran, daß die vorhergegangene Aktion durch Betrüger für viele Familien mit schweren Verlusten geendet hat. Die 70 betroffenen Familien seien heute dazu gezwungen, sich neue Mittel zu verschaffen, wenn sie ihre Wohnung haben wollen. Aus diesem Grund, so stellt GR. Hausner fest, habe seine Fraktion schon früher strengste Kontrollen verlangt. Sie habe auch schon darauf hingewiesen, daß sich private Vermittler eingeschaltet und Vermittlungsgebühren verlangt haben. Dem sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Wie Vizebürgermeister Slavik kürzlich

richtig festgestellt habe, könne die Gemeindeverwaltung zwar nicht für die Betrüger verantwortlich gemacht werden. Sie sei jedoch dafür verantwortlich, daß die Möglichkeiten der Kontrolle nicht genutzt wurden. Aus dieser Schuld erwachse der Gemeindeverwaltung die Verpflichtung, den geschädigten Familien zu helfen. Es sei jedenfalls zu begrüßen, wenn der Berichterstatter heute mitgeteilt hat, daß die Kontrolle strenger gehandhabt werde. Außerdem sei es erfreulich, daß gemeinnützige Genossenschaften bei der Vergebung der Mittel bevorzugt werden. Dies komme der alten Forderung der KLS-Fraktion entgegen, nicht auch jenen Leuten Kredite zu gewähren, denen es von sich aus möglich ist, auf dem freien Markt eine Wohnung zu kaufen.

Sodann kritisiert GR. Hausner die Forderung, wonach der Kreditwerber ein Mindesteinkommen von 4.000 Schilling nachweisen muß. Dadurch werde es jungen Menschen nämlich sehr schwer gemacht, an der Aktion teilzunehmen. Ferner sei die KLS-Fraktion der Meinung, daß die Rückzahlungszeiten verlängert werden sollten, um den jungen Menschen die Möglichkeiten zu geben, ihre Wohnungen auch einrichten zu können. Die Rolle des Beirates, der vor allem in der Frage der Rückzahlungen regelnd eingreifen soll, bezeichnet GR. Hausner als sehr wichtig, fordert aber, daß in diesem Beirat auch die Opposition vertreten sein sollte. Im übrigen gebe seine Fraktion dem Antrag die Zustimmung.

Der nächste Debattenredner, GR. Dr. Schmidt (FPÖ), meint einleitend, man müsse die gesamte diesjährige Wohnbauaktion unter dem Aspekt der bevorstehenden Wahlen betrachten. Grundsätzlich bejahe seine Fraktion jedoch das vorgelegte Konzept.

Anschließend übt der Debattenredner an einigen Punkten dieses Konzepts Kritik. So bemängelt er ebenso wie sein Vorredner das Fehlen beziehungsweise die mangelhafte Anwendung von Kontrolleinrichtungen, wobei er es jedoch begrüßt, daß nunmehr die Bauaufsicht und die Kontrolle über die Verfügung der Bauten wesentlich verschärft werden soll. Ferner kritisiert er die Kreditvergebung an die Genossenschaften nach dem Proporz und nennt den Beirat, der geschaffen werden soll, "des heiligen Proporzius jüngstes Kind". Ferner fordert GR. Dr. Schmidt Auskunft darüber, welches Verhältnis bei der Vergebung der Mittel zwischen den Genossenschaften und den privaten Wohnungswerbern herrscht.

Die Beschränkung der Wohnungsgröße auf 90 Quadratmeter bezeichnet der Debattenredner als Rückschritt. Heute sollte Familienpolitik groß geschrieben werden, so sagt er dazu, aber in der Praxis tut man das Gegenteil, wenn man große Familien in kleinen Wohnungen zusammenpferchen will. (Zwischenruf von GR. Windisch, SPÖ: Das ist reine Demagogie! Sie sagen das wider besseres Wissen!) Zu diesem Punkt bringt GR. Dr. Schmidt sodann einen Zusatzantrag ein, in dem verlangt wird, in die Bestimmungen müsse der Zusatz aufgenommen werden, daß sich das Ausmaß der Wohnung bis auf 110 Quadratmeter erhöht, wenn sie für die Unterbringung einer Familie mit mehr als zwei unversorgten Kindern bestimmt ist.

Abschließend fordert der Debattenredner Erleichterungen bei den Rückzahlungen, und zwar sollten die Steigerungen der Rückzahlungen nicht schon nach fünf, sondern nach erst zehn Jahren eintreten. Zu dieser Forderung legt der Debattenredner einen Änderungsantrag über die Kreditlaufzeit vor. Dann gibt er bekannt, daß seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

GR. Haag (ÖVP) bezeichnet die erste Wiener Wohnbauaktion als vollen Erfolg. Sie war zweifellos notwendig. Die ÖVP habe schon viele Jahre vorher den Standpunkt vertreten, daß auch privates Kapital zur Förderung des Wohnungsbaues herangezogen werden soll. Die SPÖ habe sich freilich in früheren Jahren geweigert, uns auf diesen Wegen zu folgen. Bei der ersten Aktion war es für die SPÖ zweifellos notwendig, manche ideologische Beweggründe über Bord zu werfen.

Die neue Aktion ist uns schon öfter versprochen worden, aber sie ist lange Zeit nicht zustande gekommen. Daß sie ein halbes Jahr vor den Wahlen anläuft, ist für uns kein Schönheitsfehler. Man könnte sagen: Man merkt die Absicht und ist verstimmt - wir sind aber keineswegs verstimmt, wir freuen uns vielmehr, daß diese Aktion nunmehr gestartet werden kann.

Die Verhandlungen waren schwierig, und es war bis einige Stunden vor der Sitzung nicht möglich, zu einer Einigung zu kommen. Schließlich ist nun in diesem Kompromiß sehr viel von dem enthalten, das die ÖVP gefordert und nachdrücklich vertreten hat. Die zweite Auflage enthält Verbesserungen und Sicherungen gegen den Mißbrauch. Die Fehler der alten Aktion sollen vermieden werden.

Familienfördernde Verbesserungen, die zweifellos auf die Initiative der ÖVP zurückgehen, so sagte der Redner, sind in der Wohnungsgröße zu sehen. Wir haben nicht eingesehen, daß Wohnungen mit 75 bzw. 90 Quadratmetern familiengerecht sein sollen. Bei Familien mit vier oder mehr Kindern kann der Beirat das Ausmaß auch hinaufsetzen. Wir haben auch erreicht, daß bei jungen Ehepaaren, die nur auf 75 Quadratmeter Anspruch hätten, bis zu 90 Quadratmeter gefördert werden können, wobei sie die 15 Quadratmeter freilich selbst finanzieren müssen. Unserer Ansicht nach hätte man verlangen müssen, daß ein Drittel der geförderten Wohnungen jungen Wohnbausparern zugute kommen sollen; dieser unser Antrag ist wohl verwässert worden, aber immerhin besteht er in seinen Grundzügen.

Es erhebt sich die Frage, was mit den 6.000 aus der letzten Aktion Vorgemerkten geschieht. Ein Teil wird in die neue Aktion einsteigen können, ohne Änderungen in der Größe vornehmen zu müssen. Ein zweiter Teil wird noch erhebliche Mittel aufwenden müssen. Eine dritte Gruppe wird überhaupt nicht mehr zum Zuge kommen. Es wird vielleicht notwendig sein, die Bestimmungen nach einiger Zeit zu novellieren. Noch ein Nachteil hatte der Aktion an: daß in Hinkunft das Zweifamilienhaus nicht mehr gefördert wird. Gewiss, dabei wurde sehr viel Mißbrauch getrieben, aber man hätte nicht gleich das Kind mit dem Bade ausgießen müssen. Dafür wird es auch in Zukunft möglich sein, Geschäftsräume und Ordinationen mitzufinanzieren. Bei einer geschickten Standortwahl werden die Ärzte bald nicht über Klientel und die Gewerbe- und Handelstreibenden nicht über Kundschaft zu klagen haben.

Diese Aktion ist von uns immer begrüßt worden. Aber sie löst nicht das ganze Wohnungsproblem. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dieses Problem noch im heurigen Jahr einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Die ÖVP wird gern und freudig ihren Beitrag dazu leisten.

GR. Maller(KLS) hält dem GR. Dr. Schmidt vor, sein Antrag zeige, welche Schichte er hier vertrete: nicht jene Leute, die jetzt dringend eine Wohnung brauchen, sondern jene, die Steuermittel dazu verwenden wollen, sich große Wohnungen zu errichten.

Der Sinn der Aktion ist es aber nicht, Luxuswohnungen zu errichten, sondern der arbeitenden Bevölkerung, die heute relativ gut verdient und Ersparnisse hat, zu einer Wohnung zu verhelfen.

Es sind zwar Sicherungen gegen Wohnungsschwindler geschaffen worden, aber es ist noch immer ein wunder Punkt. Es ist wohl die Verpflichtung festgelegt, daß im Zeitpunkt der Fertigstellung der neuen Wohnung ein bestehendes Mietrecht aufgegeben werden muß. Aber der Nutznießer bei der Freigabe der alten Wohnung ist im wesentlichen der private Hausbesitzer, der in die Lage versetzt wird, diese Wohnung zu verkaufen. Der Redner richtet deswegen an den Gemeinderat und insbesondere an die Sozialistische Partei den Appell, im Parlament und in ihrer Partei alles daranzusetzen, damit ein Wohnungsanforderungsgesetz geschaffen wird, um so wieder auf freiwerdende Wohnungen greifen zu können.

GR. Pfösch (SPÖ) erklärt, das Echo, das die Wohnbauaktion 1964 gefunden hat, zeigt, daß die Sozialistische Fraktion gut beraten war, als sie auf die Weiterführung der Wohnbauaktion gedrängt hat. 10.000 Wohnungen in fünf Jahren zu bauen, ist ja auch eine Leistung, auf die wir stolz sein können. Wir verstehen nicht, wenn der Sprecher der FPÖ meint, 90 Quadratmeter wären nicht genug. Das entspricht doch ungefähr drei Zimmer-Küche-Kabinett-Wohnungen, die etwa in Ottakring 90 Prozent des Wohnungsbestandes ausmachen. Der berechtigte Wunsch der Wohnungsuchenden auf ein Dach über dem Kopf wird durch diese Aktion eher erfüllt werden können. Unsere Bauwirtschaft wird wie in den vergangenen Jahren auf vollen Touren laufen können und sie wird dadurch vielleicht zu Rationalisierungsmaßnahmen greifen die günstigere Baufortschritte gestatten werden. Besonders erfreulich ist, daß der Spekulation ein wirksamer Riegel vorgeschoben wurde. Wir Sozialisten schätzen und fördern jede Eigeninitiative, sofern sie mit unserer Auffassung von Sitte, Moral und Recht in Einklang steht. Eine Form der Privatinitiative, die nur darauf ausgerichtet ist, mühelos und rasch Geld zu erwerben, heißen wir aber nicht gut, noch dazu, wenn die Not anderer dabei ausgenützt wird. Es ist nicht dasselbe, ob jemand bei einer Genossenschaft oder bei einem privaten Baumeister zu Schaden gekommen ist. Bei einer Genossenschaft wurde nicht in jedem Fall Eigentum begründet.

Für die durch einen Baumeister zu Schaden Gekommenen wird ebenfalls ein Weg auf dem normalen Kreditsektor zu suchen sein. Wir sind in dieser Frage frei von Schuld, das heißt aber nicht, daß wir nicht mit Bedauern jene sehen, die Opfer einer betrügerischen Machination eines Baumeisters wurden.

Es ist erfreulich, daß nun die Baugenossenschaften als Bau-träger aufscheinen. Daraus ergibt sich die Frage, ob sie imstande sein werden, die Interessenten zufriedenzustellen. Immerhin aber sind es 110 gemeinnützige Bauvereinigungen, die dafür in Betracht kommen.

Die Sozialisten begrüßen diese Aktion, wie wir jede Maßnahme begrüßen, die geeignet ist, eine Linderung der Wohnungssorgen herbeizuführen. Wir freuen uns, daß durch die sparsame und umsichtige, von sozialistischen Wirtschaftsprinzipien getragene Finanzpolitik unseres Vizebürgermeisters Slavik eine solche wesentliche Investition vorgenommen werden kann, ohne daß andere Maßnahmen deswegen beeinträchtigt oder zurückgestellt werden müssen. Wir Sozialisten haben immer wieder bewiesen, daß wir für die Sorgen und Nöte unserer Bevölkerung nicht nur einen Blick haben, sondern auch genügend Tatkraft, um für die gesamte Bevölkerung wichtige Maßnahmen zu setzen. Wir sagen "ja" zur Wohnbauaktion 1964, weil damit ein alter sozialistischer Grundsatz, das Recht des Menschen auf Wohnraum, verwirklicht wird. Wir sagen "ja" zum sozialen Wohnbau der Stadt Wien und "ja" zu den genossenschaftlichen Bauvorhaben in unserer Heimatstadt. (Beifall bei den Sozialisten.)

GR. Hahn (ÖVP) beschäftigt sich zunächst mit der ersten Wohnbauaktion, die 1958 beschlossen wurde. Damals wurde ein neuer Weg der Wohnbauförderung begonnen. Schon damals hat jedoch die ÖVP betont, daß es weiter Aufgabe der Stadt Wien sein muß, den sozialen Wohnungsbau fortzusetzen für jene, die aufgrund ihrer sozialen Bedürftigkeit nicht in der Lage sind, einen größeren Beitrag für eine Wohnung zu leisten. GR. Mühlhauser habe damals gesagt, es gehe der ÖVP darum, daß die Wohnbaupolitik in dieser Stadt erweitert und vergrößert wird.

Schon damals hat allerdings auch die ÖVP einige Abänderungsanträge gestellt. Heute müssen wir feststellen, daß viele der damaligen Hoffnungen nicht erfüllt wurden und Mißbrauch getrieben wurde. Das beweist wieder einmal mehr, daß die besten Ideen und Absichten der Volksvertreter zunichte gemacht werden.

Zur zweiten Aktion bemerkt GR. Hahn, daß die langjährigen Vorschläge der ÖVP nun doch Früchte getragen haben. Vor zehn Jahren erklärte der damalige Finanzreferent, Kredite aus öffentlichen Mitteln ohne Zinsenrückzahlungen wären ein Mißbrauch von Steuergeldern. Er nehme heute mit Freuden zur Kenntnis, daß sich die Ansichten der Sozialisten geändert haben.

Schließlich bringt der Redner drei Anträge ein. Der eine Antrag verlangt, daß die Magistratsabteilung 5 die Magistratsabteilung 50 (Allgemeine- und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens) von dem Abschluß eines Vertrages verständigt, damit nicht in Zukunft jemand, der doch zu einer Gemeindewohnung kommt, aus dem Rücktritt von der Wohnbauaktion ungerechtfertigt Nutzen zieht. Ein weiterer Antrag soll das Wohnungsamt verpflichten, Bewerber in Wohnungen im sogenannten Sonderbauprogramm von den Richtlinien der Wohnbauaktion in Kenntnis zu setzen. Der dritte Antrag schließlich verlangt auch für den kommunalen Wohnbau die Festsetzung einer Einkommensgrenze bei der Wohnungsvergebung.

Weiter zur Wohnbauaktion 1964 bedauert der Redner, daß seine Partei keine Verlängerung der Kreditlaufzeit durchsetzen konnte. Er kritisiert auch die Höhe der Tilgungsraten. Hier liege keine besondere Familienfreundlichkeit vor. Ehepaare ohne Kinder hätten es wesentlich leichter, sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Leider werden sich nur wenig Familien mit zwei oder mehr Kindern solche Wohnungen leisten können.

Abschließend beantragt GR. Hahn, dem Wiener Gemeinderat jährlich einen Bericht über die Abwicklung der neuen Wiener Wohnbauaktion vorzulegen. Darin soll unter anderem aufscheinen, wieviel junge Sparer in der Berichtszeit einen Kredit beansprucht und erhalten haben, wieviele Fälle von Kreditwerbern, die einen Vormerkschein der Magistratsabteilung 50 haben, berücksichtigt wurden und wieviele Einzelpersonen, Ehepaare und Familien mit einem oder mehreren Kindern gefördert wurden.

Trotz der aufgezeigten Mängel begrüße die ÖVP diese Förderung des Wohnungsbaues und wird daher dem Antrag zustimmen..

./.

GR. Windisch (SPÖ) stellt fest, daß die meisten Genossenschaftlichen Vormerkungen von Wohnungsuchenden aus den Kreisen der Arbeiter- und Angestelltenschaft haben. Dieser Personenkreis ist nicht in der Lage, hohe Beträge für die Anschaffung einer Wohnung aufzuwenden. Die Baugenossenschaften sind daher gezwungen, Grundstücke nur zu erträglichen Preisen zu kaufen. Ihre Bautätigkeit wird also keineswegs dadurch beeinträchtigt, wenn den Vorschriften der Neuen Wohnbauaktion entsprechend, Bauvorhaben auf zu überhöhten Preisen angekauften Grundstücken nicht gefördert werden. Es ist zu hoffen, daß eines Tages ein Bodenbeschaffungsgesetz beschlossen wird, das eine weitere Steigerung der Grundpreise verhindert. Zum Verlangen des ÖVP-Redners, daß zumindest dreißig Prozent der geförderten Wohnungen für junge Leute zur Verfügung gestellt werden müßten, ist zu sagen, daß 70 bis 80 Prozent aller Ansuchen bei Baugenossenschaften von jungen Menschen eingebracht werden. Die Forderung nach einer besseren Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel könne man nur unterstreichen. Diese genaue Überprüfung möchten die Sozialisten jedoch auch bei dem aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds gewährten Mitteln haben. Es sei unverständlich, daß aus diesen Mitteln der Bau von Wohnungen gefördert wird, die unter anderem zum Beispiel nur zwei Badezimmer verfügen. Die Kritik am Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds dürfte nur geübt worden sein, weil er dem Sozialministerium untersteht. Die Ausführungen des GR. Hahn waren bereits eine Vorbereitung für die kommenden Wahlen, da sie immer nur in der Feststellung mündeten, alles Gute käme von der ÖVP. Glücklicherweise wissen die Wiener aber, wem sie die großen Leistungen der Stadtverwaltung zu verdanken haben, Das haben sie bei den vergangenen Wahlen immer bewiesen (Beifall bei der SPÖ).

Vizebürgermeister Slavik stellt im Schlußwort fest, daß die Ausführungen und Forderungen von GR. Hahn anscheinend die Schlagzeilen für die morgigen ÖVP-Blätter liefern sollen. Trotzdem müsse er die einzelnen Anträge zur Ablehnung empfehlen. Sein Rückblick hat sich leider nur auf die letzten sechs Jahre bezogen. Wirkliche Geschichtsforschung müßte jedoch weitaus weiter zurückreichen. Es hat bereits in den Jahren 1919 bis 1934 in unserer Stadt außer dem kommunalen Wohnungsbau auch einen genossenschaftlichen Bau gegeben und daneben die Förderung des Baues von Eigen-

heimen. Die Sozialisten erachten es jedoch als erfreulich, daß die anderen Parteien nun endlich auch zu jenen Ansichten gekommen sind, die die Sozialisten bereits vor vierzig Jahren vertreten haben.

Gesagt wurde auch, daß sich die Parteien über die Austeilung der Mittel nicht einigen konnten. Bei einer Alleinherrschaft gibt es sicherlich keinen Proporz, auch in einer Diktatur nicht. In einer Demokratie muß man jedoch auf alle Gruppen schauen, und dann überlegt man, wie man das möglichst gerecht tun kann. Zur Bevölkerung gehören aber nicht nur die, die sich zu keiner Partei bekennen, sondern auch alle jene, die einer Partei angehören.

Zum Fall des betrügerischen Baumeisters: Es handelt sich hier um eine für die Betroffenen bedauerliche Angelegenheit. Es ist jedoch völlig falsch zu sagen, daß die Schuld in einer ungenügenden Kontrolle der Finanzierungsmittel liegt. Was gestohlen wurde waren nicht unsere Mittel, sondern jene Eigenmittel für die nächste Bauphase, die von der Stadtverwaltung noch gar nicht finanziert worden war. Der Magistrat darf erst nach dem Baufortschritt finanzieren. Wahrscheinlich wird in dieser Angelegenheit ein gerichtliches Verfahren laufen, in das wir nicht eingreifen können. Bei der Kosmos war es anders. Hier konnte man die Leitung auswechseln und konnte sagen: der neuen Leitung vertrauen wir, wir lassen sie weiterbauen und geben ihr weitere Kredite. Einen privaten Unternehmer kann man jedoch nicht auswechseln. So bedauerlich so etwas ist, man muß aber den Leuten immer wieder sagen, daß sie darauf achten müssen, wem sie ihr Geld anvertrauen. Die Gemeinde Wien kann schließlich nicht den Schaden decken, den Betrüger verursacht haben.

Bei der Debatte über die Größe der Wohnungen sollte das Pferd nicht beim Schwanz aufgezümt werden. Wenn man von familiengerechten Wohnungen spricht, darf man nicht bei den Quadratmetern anfangen, sondern beim Einkommen! Nur wer für ein höheres Einkommen sorgt, ist familiengerecht! Wir wollen, daß sich die Familien die Wohnungen auch leisten können. Man muß daher bei der Festlegung der Wohnungsgröße in erster Linie das Durchschnittseinkommen der Wohnungswerber berücksichtigen. Im übrigen sind 60 Quadratmeter gar nicht so klein, wenn man bedenkt, daß der durchschnittliche Wohnraum in Österreich gegenwärtig 45 Quadrat-

meter umfaßt. Bezüglich der Wohnungsgröße von 90 Quadratmeter: Wieviele Familien wären glücklich, würden sie so "zusammengepfercht" leben können! Außerdem muß man die Wohnung ja nicht nur bezahlen, sondern auch erhalten. Die Aktion soll der ganzen Bevölkerung zugute kommen und nicht nur einem kleinen Teil, der sich eine große Wohnung leisten kann. - Der Abschlußbericht über die erste Wohnbauaktion kann natürlich erst nach Beendigung der Aktion vorgelegt werden.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen. Die beiden ersten Beschlußanträge der ÖVP werden ebenfalls angenommen; sie werden den zuständigen Ausschüssen zugeleitet werden. Der dritte und der vierte Beschlußantrag der ÖVP werden ebenso abgelehnt wie der Zusatz- und der Abänderungsantrag der FPÖ.

Nach der Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP drei Mitglieder und drei Ersatzmitglieder des Beirates für die Wohnbauaktion 1964 gewählt.

Sodann erfolgt die Neuwahl von zwei Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, für die gleichfalls die Gemeinderäte der Mehrheitsparteien votieren.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird die dringliche Anfrage der GRe. Dr. Gisel und Genossen (SPÖ), betreffend die Meldung einer heutigen Tageszeitung über angebliche Krebsgefahr durch Wiens Trinkwasser wegen Chlorzusatz behandelt.

Den Antrag auf Besprechung der Anfrage begründet GR. Dr. Gisel damit, daß jemand auf Grund dieses Artikels zu dem Schluß kommen könnte, daß die Stadtverwaltung in dieser Angelegenheit leichtfertig, ja vielleicht sogar gemeingefährlich handle. Diese Frage gehöre daher möglichst rasch vom zuständigen Stadtrat erörtert.

Stadtrat Koci (SPÖ) bringt dem Gemeinderat eine vom Leiter der Wasserwerke gemeinsam mit dem Oberstadtphysikus vorgelegte Erklärung zur Kenntnis, in der ausgeführt wird: Die laufenden bakteriologischen Befunde haben gezeigt, daß nach international gültiger Auffassung der Keimgehalt des Wiener Wassers eine dauernde Desinfektion zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung erfordert. Auch Niederösterreich hat die Gemeinden, die Hochquellenwasser beziehen, schon vor mehreren Jahren angewiesen, ebenfalls eine geeignete Desinfektion vorzunehmen. Eine schädliche Wirkung des Chlors, insbesondere in den geringen Mengen wie es im Wiener Wasser beim

Konsumenten noch vorkommen kann, ist zweifellos völlig auszuschließen. Dies ergibt sich auch aus einer Expertise der Weltgesundheitsorganisation. Sowohl im Wiener Landessanitätsrat als auch im Obersten Sanitätsrat von Österreich wurden die einschlägigen Fragen in den vergangenen Jahren eingehend erörtert. Alle erstellten Gutachten haben einerseits die Notwendigkeit einer Desinfektion und andererseits die Unschädlichkeit der Verwendung von Chlor, wie sie in Wien gehandhabt wird, bestätigt. Im besonderen hat die Krebsstatistik der Stadt Wien ergeben, daß der Krebs der Verdauungstraktes, der in erster Linie durch das Chlor angegriffen würde, nicht zugenommen, vielmehr in den letzten zehn Jahren zahlenmäßig sogar abgenommen hat. Die erwiesene Zunahme der Krebserkrankungen im allgemeinen beruht hauptsächlich darauf, daß die Lebenserwartung der Bevölkerung wesentlich gestiegen ist und gerade in den höheren Altersstufen der Krebsbefall am höchsten ist. An den technischen Anlagen der Wasserwerke konnten bisher im Gegensatz zu den Angaben des Zeitungsartikels keinerlei Korrosionserscheinungen beobachtet werden, die auf Chloreinwirkung zurückgeführt werden könnten.

Der Stadtrat zitiert dann die Beantwortung einer im Jahre 1955 an den damaligen Stadtrat für das Gesundheitswesen gerichteten Anfrage zu diesem Thema, in der es heißt: Da wir nun die Situation kennen, bleiben uns bloß zwei Möglichkeiten, ihre Gefahren zu bannen: 1. Sperrung der gesamten Einzugsgebiete unserer Hochquellenleitungen für Touristen- und Fremdenverkehr, die Almwirtschaft und jegliche Art der Besiedlung. Dies würde eine Isolierung der ganzen Rax, des Schneeberges, eines großen Teiles der Schneeanpe und großer Areale im Hochschwabgebiet bedeuten. Oder 2. eine fortlaufend durchgeführte Desinfektion des Rohwassers.

Wie Stadtrat Koci weiter erklärt, bemüht sich die Gemeinde Wien seit Jahrzehnten, einwandfreies Trinkwasser an die Bevölkerung abzugeben. Sie kauft ununterbrochen um Millionenbeträge Grundstücke im Quellschutzgebiet und verfügt derzeit über 23.000 Hektar Quellschutzgebiet. Immer wieder an die Gemeinde herangetragene Ersuchen von Bürgermeister der dortigen Fremdenverkehrsorte auf Errichtung von Seilbahnen werden abgelehnt. Auch die Landesverteidigung hat nach dreijährigen Verhandlungen wegen Errichtung einer Radarstation im Quellschutzgebiet den Bemühungen der Wiener Stadt-

verwaltung um alle nur erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze des Hochquellenwassers Rechnung getragen.

Man kann diesen Zeitungsartikel nur mit dem seinerzeitigen Artikel über die Pestflöhe von Professor Brandweiner vergleichen. Er wird ähnliche Wirkung erreichen. Es ist unvorstellbar, daß eine verantwortungsbewußte Tageszeitung, die sich doch immer wieder darauf beruft, die öffentliche Meinung zu bilden, mit diesem Artikel der Wiener Bevölkerung etwas Gutes getan hat. Derartige Zeitungsartikel, die die Bevölkerung beunruhigen, können nur bedauert werden.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

"Plänen für und in Rotterdam"
=====

22. Mai (RK) Professor van Traa, der bekannte Stadtplaner des neuen Rotterdam, hielt gestern über Einladung des Stadtbauamtes im Wappensaal des Wiener Rathauses einen vielbeachteten Vortrag über seine Heimatstadt, der im Zusammenhang mit der derzeit in der Volkshalle gezeigten Ausstellung "Rotterdam in Kürze" stand. In seinen Begrüßungsworten unterstrich Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller die engen Beziehungen van Traa's zu Wien, die bis zur Straßenverkehrs-Enquete 1955 zurückreichen. Der Persönlichkeit des Vortragenden verdankt es der niederländische Seehafen, heute das "Mekka" des europäischen Städtebaues zu sein.

In seinen mit eindrucksvollen Lichtbildern dokumentierten Ausführungen umriß Professor van Traa das städtebauliche Konzept zum Neubau der durch die Kriegseinwirkungen völlig zerstörten Hafenstadt Rotterdam. Während die Donau für Wien eine kulturelle Frage darstelle, sei die Nieuwe Maas für Rotterdam eine Lebensfrage. Für die Entwicklung Rotterdams, das eine typische "Bandstadt" ist, war der Ausbau der Flußkreuzungen von großer Wichtigkeit. Wie in allen europäischen Großstädten schienen auch hier die Verkehrsschwierigkeiten unüberwindbar zu sein. Die heutige Lösung sieht ein Straßensystem in Form eines Rechtecks vor, das den Verkehr um Rotterdam führt. Eines der größten Entwicklungsgebiete der Stadt liegt im Osten des Gemeindeareals. Hier sollen nach kostspieligen Vorarbeiten 50.000 Häuser errichtet werden, die rund 170.000 Einwohnern Unterkunft bieten. Derartige Probleme kennt Österreich nicht. Das Polderland liegt nämlich sechs Meter unter dem Meeresspiegel. Es wird acht bis zehn Jahre dauern, ehe man die notwendige Aufschüttung von vier Metern über dem Meeresspiegel erreicht haben wird, weil jährlich das aufgeschüttete Erdreich um einen halben Meter absinkt. Unter anderem bringt auch die Wasserversorgung der Stadt große Schwierigkeiten für die Planer mit sich. Das unreinigte Rheinwasser muß erst für Trinkwasserzwecke sowie für den Industriebedarf filtriert werden, was nur mit großem Kostenaufwand erreicht werden kann.

Grundenteignung - Voraussetzung für neues Rotterdam

Neuplanung oder Wiederaufbau? - Das war die schwerwiegende Frage, vor die sich die Stadtväter nach den Kriegsverwüstungen gestellt sahen. Das Notgesetz von 1940 und die damit verbundene Enteignung der gesamten Innenstadt schufen erst die Grundvoraussetzungen für den Neubau von Rotterdam. Es ergab sich für die Städtebauer die Möglichkeit großzügigeren Planens und einer rascheren Durchführung der notwendigen Bauarbeiten.

Bei der Assanierung der Verkehrswege und der Neugestaltung des zerstörten Stadtteiles wurde besonders darauf Bedacht genommen, der innigen Verbindung, die von jeher zwischen Mensch und Wasser bestand, ein gesteigertes Augenmerk zu schenken.

- - -

Rindernachmarkt vom 22. Mai
=====

22. Mai (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 10 Stiere. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Schweinenachmarkt vom 22. Mai
=====

22. Mai (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 351. Gesamtauftrieb: dasselbe. Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Pferdenachmarkt vom 22. Mai
=====

22. Mai (RK) Aufgetrieben wurden sieben Stück aus Niederösterreich. Auslandsschlachthof: kein Auftrieb. Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

- - -

Gedenktage für Juni

2. Josef Reiter, Komponist	25. Todestag
2. A.Th. Sonnleitner, Schriftsteller	25. Todestag
3. Prof. Herbert Hoeckl, akad. Maler	70. Geburtstag
5. Franz Hauer, Gastwirt und Mäzen	50. Todestag
5. Karl Zieglmayer, Regisseur	75. Geburtstag
6. Adelf Lieben, Chemiker	50. Todestag
9. Jerger Alfred, Kammerwäger	75. Geburtstag
10. Prof. Ludwig Redtenbacher, Zoologe	150. Geburtstag
11. Richard Strauss, Komponist (gestorben 8. September 1949)	100. Geburtstag
12. Prof. Albert Janesch, Maler	75. Geburtstag
15. Wilhelm Hufnagl, Schauspieler	60. Geburtstag
15. Fritz Judtman, Architekt	65. Geburtstag
15. Prof. Ernst Morawec, Violinpädagoge	70. Geburtstag
18. Univ.-Prof. Dr. Gustav Franz Eugen Riehl, Dermatologe	70. Geburtstag
19. Univ.-Prof. Dr. Karl Fellingner, Internist	60. Geburtstag
19. August Roth, Maler (gestorben 8. Februar 1952)	100. Geburtstag
21. Bertha Baronia von Suttner, Trägerin des Friedensnobelpreises	50. Todestag
25. Oskar Baumann, Afrikaforscher	100. Geburtstag
28. Franz Ferdinand, Erzherzog	50. Todestag
29. Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Winkler, Statistiker	80. Geburtstag
30. Franz Freiherr von Dingelstedt, Schriftstel- ler, Burgtheaterdirektor	150. Geburtstag
30. Dr. Robert Stein, Leiter der Radio-Bühne	65. Geburtstag

* * *

Holländische Journalisten in Wien
=====

22. Mai (RK) Über Einladung des Bundespressdienstes und des Wirtschaftsförderungsinstitutes unternahmen derzeit elf Journalisten von den größten holländischen Blättern eine Reise durch Österreich. Die Pressevertreter waren heute Gäste der Stadt Wien, da es ihre besondere publizistische Aufgabe sein wird, die bevorstehende Österreich-Woche in Rotterdam mit der Ausstellung "Festliches Wien" in der Öffentlichkeit vorzubereiten.

Bei einem Mittagessen im Restaurant auf dem Kahlenberg begrüßte Stadtrat Bock in Vertretung von Bürgermeister Jonas die Gäste auf das herzlichste. Mit ihm waren auch Stadtrat Schwaiger und Stadtschulratspräsident NR. Dr. Neugebauer erschienen. Stadtrat Bock betonte in seiner Tischrede die enge Verbundenheit der Stadt Wien mit Holland, den großen Erfolg der gegenwärtigen Rotterdam-Ausstellung im Rathaus und wünschte der Österreich-Woche in Holland ebensolchen Anklang.

Im Namen der Holländer dankte Dipl.-Ing. van Traa für die Gastfreundschaft. Van Traa ist zwar kein Journalist, begleitet die Reisegruppe aber aus fachlichem Interesse durch Österreich. Er ist einer der bekanntesten Städteplaner der Welt, der Schöpfer des modernen Rotterdam und hat auch schon für Wien wertvolle Anregungen gegeben. Die Gäste werden morgen ihre Fahrt durch die Bundesländer antreten. (Über van Traa's Vortrag im Rathaus berichten wir heute auf den Seiten 1230 und 1231.)

Wiener Festwochen 1964Das Programm für Sonntag, 24. MaiTheater:

- Burgtheater: Ferdinand Raimund: "Der Verschwender"
 Akademietheater: J.B. Molière: "Der Geizige"
 Theater an der Wien: Richard Strauss: "Daphne"
 Staatsoper: Richard Wagner: "Parsifal"
 Volksoper: Franz Lehár: "Die lustige Witwe"
 Theater in der Josefstadt: Georg Kaiser: "Kolportage"
 Volkstheater: Frank Wedekind: "König Nicolo"
 Kammerspiele: Curt Goetz: "Der Lügner und die Nonne"
 Raimundtheater: Oscar Straus: "Ein Walzertraum"
 Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Kalmar: "In
 einem spanischen Dorf, Winiewicz: "Die Wohnung",
 Ingrisch: "Vanillikipferln"
 Theater die Tribüne: Komödie in drei Akten nach einer No-
 velle von Ray Vickers von Ted Allan, Gabriel Arout,
 Roger Mac Dougall, deutsch von Hans Weigel: "Gog und
 Magog"
 Ateliertheater am Naschmarkt: Roger Vitrac: "Victor oder die
 Kinder an der Macht"
 Simplicissimus: Karl Farkas und Hugo Wiener: "Das waren Zei-
 ten"

Musik:

11.00 Uhr, Musikverein, Grosser Saal

Singverein der Gesellschaft der Musikfreunde,
Wiener Symphoniker, Wiener Sängerknaben, Wiener
Singakademie

Gustav Mahler: VIII. Symphonie

Solisten: Gerda Scheyrer, Sopran, Margaret Tynes,
 Sopran, Maureen Rorrester, Alt, Louise Parker,
 Alt, Donald Grobe, Tenor, Hermann Prey, Bariton,
 Franz Crass, Baß

Dirigent: Josef Krips

19.30 Uhr, Musikverein, Grosser Saal

Klavierabend Wilhelm Backhaus

Ludwig van Beethoven: Sonate f-moll op.2/1; Sonate
 F-Dur, op. 10/2; Sonate C-Dur op. 53 "Waldstein-
 Sonate); Sonate G-Dur op.79; Sonate c-moll op.111

Sonstige Veranstaltungen:

Wiener Kulinarische Wochen

10.30 Uhr Michaelerplatz 1

Vorführungen der Spanischen Reitschule

Bezirksveranstaltungen:3. Bezirk:

10.00 Uhr, Amtshaus, Festsaal, Karl Borromäus-Platz 3:

"Heut' spielt der Ziehrer". Heiteres und Ernstes aus dem Leben des großen Meisters. Mitwirkende: Walter Stumvoll, Die Siemens-Schrammeln. Gestaltung und Gesamtleitung: Oberlehrer Anton Switil.

8. Bezirk:

10.00 Uhr, Theater in der Josefstadt: Konzert. Historische Matinee-Musik in der "Josefstadt", Erstaufführungen im Theater in der Josefstadt (1820-1860). Werke von L.v.Beethoven, C.Kreutzer, H.Proch, A.E.Tittel, F.v.Suppé, J.Lanner, J.Strauß (Vater). Mitwirkende: Elfriede Ott, Kammersänger Julius Patzak, die Wiener Singgemeinschaft und das Orchester des Österreichischen Rundfunks. Leitung: Prof. Karl Etti. Eintritt 10 bis 40 S. Karten an der Vorverkaufskasse des Theaters in der Josefstadt, in der Bezirksvorstehung Josefstadt, Im Bezirksparteisekretariat der SPÖ, Josefstädterstraße 39, erhältlich.

9. Bezirk:

10.00 bis 12.00 Uhr, Währinger Straße 43 (Heimatismuseum Alsergrund): Sonderausstellung. Die Entwicklung des Alsergrundes im Spiegel alter Pläne und Ansichten

15. Bezirk:

10, 11, 12 und 14.00 Uhr, Vogelweidplatz, Stadthalle (Kassenraum): Führung durch die Wiener Stadthalle.

18. Bezirk:

10.00 Uhr, Amtshaus, Festsaal, Martinstraße 100, 2.Stock:
"In unseren Gassen ..." Eine kulturgeschichtliche Studie. Mitwirkende: Elfriede Cech (Sopran); Carl F. Reichenbach (Sprecher); Anna Lengvari, Maria Stolz, Hans Kirchmaier, Max Kürnborg (Rezitation); Schmetterer-Quartett; M.Wagner-Schönkirch (Vortrag).

22. Mai 1964

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1236

19. Bezirk:

Gatterburggasse 14 (Sitzungssaal, Stiege I):
Ausstellung "Döbling, Bezirk zwischen gestern
und morgen". Geöffnet: Montag bis Freitag 9.00
bis 13.00 Uhr und 16.00 bis 20.00 Uhr, Samstag
9.00 bis 13.00 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr,
Sonntag 9.00 bis 13.00 Uhr. (Bei Gruppenbesuchen
Führung. Vorherige Anmeldung bei der Bürolei-
tung der Bezirksvorstehung XIX, Tel. 36 42 50
Kl.51. Beratungsabende: Bau-, Wirtschafts- und
Architektenberatung.)

21. Bezirk:

9.00 Uhr, Rußbergstraße 27-37: Frühschoppenkonzert. Es
spielt die Dorfmusik Strebersdorf.

10.30 Uhr, Prager Straße 33 (Floridsdorfer Heimatmuseum):
Sonderführung "Interessantes aus Floridsdorf".

22. Mai 1964

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1237

Wiener Festwochen 1964

Das Programm für Montag, 25. Mai

Theater:

Burgtheater: William Shakespeare: "Love's Labour's Lost"
Gastspiel der Bristol Old Vic Company
Akademietheater: August Strindberg: "Nach Damaskus"
Staatsoper: Leos Janáček: "Jenufa"
Volksoper: Albert Lortzing: "Zar und Zimmermann"
Theater in der Josefstadt: Georg Kaiser: "Kolportage"
Volkstheater: Frank Wedekind: "König Nicolo"
Kammerspiele: Curt Goetz: "Der Lügner und die Nonne"
Raimundtheater: Oscar Straus: "Ein Walzertraum"
Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Kalmar: "In
einem spanischen Dorf" / ^("Don José") Winiewicz: "Die Wohnung",
Ingrisch: "Vanillikipferln"
Simplicissimus: Karl Farkas und Hugo Wiener: "Das waren Zeiten"
Ateliertheater am Naschmarkt: Roger Vitrac: "Victor oder die
Kinder an der Macht"

Musik:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal

Konzert der Warschauer Philharmonie

Chor der Warschauer Philharmonie

Solistin: Stefania Woytowicz, Sopran

Serge Prokofieff: Symphonie classique

Maurice Ravel: "Daphnis et Chloé" (I. und II. Suite)

Tadeusz Baird: Variationen ohne Thema

Karol Szymanowski: III. Symphonie op. 27 (Das Lied
von der Nacht)

Dirigent: Witold Rowicki

/.

Bezirksveranstaltungen:3. Bezirk:

19.30 Uhr, Amtshaus, Festsaal, Karl Borromäus-Platz 3:
Konzert des Wiener Schubertbundes. Mitwirkende:
Franz Carl Fuchs (Bariton), Prof. Kurt Kettner
(Klavier). Dirigent: Prof. Heinrich Gattermeyer.
(Werke von F. Schubert, V. Keldorfer, A. Kirchl,
R. Strauss, E. Tittel, F. Burkhart und H. Gatter-
meyer.) Nur für geladene Gäste.

5. Bezirk:

18.30 Uhr, Stöbergasse 11-15 (Volksbildungshaus): "Ernst
Arnold-Gedächtnisausstellung (Eröffnung). "Wenn
der Herrgott net will." Geöffnet täglich von
14.00 bis 20.00 Uhr.

19.30 Uhr, Stöbergasse 11-15 (Volksbildungshaus, Mittlerer
Saal): Feierstunde. "Ernst Arnold zum Gedenken -
Sein Leben, seine Lieder." Mitwirkende: Gerda
Arnold, Hannerl Elsner, Elfi Friedrich, Steffi
Pohl, Emmerich Arleth, Pepi Koci, Hansl Schmid.
Am Flügel: Richard Karger. Künstlerische Gestal-
tung: Richard Högner. Gesamtleitung und verbind-
ende Worte: Doktor Anton Stieпка. Eintritt 10 S.
(Karten im Volksbildungshaus und in der Bezirks-
vorstehung. Margareten erhältlich.)

6. Bezirk:

Gumpendorfer Straße 4 (Mariahilfer Heimatmuseum):
Sonderschau: "In memoriam Oskar Thiede", akad.
Bildhauer. Sein Leben und seine Werke. Regiebei-
trag 2 S (Schüler und Rentner frei). Ständige Aus-
stellung: "Mariahilf im Wandel der Zeit." (Besuchs-
zeiten: Donnerstag und Samstag 10.00 bis 12.00 und
15.00 bis 18.00 Uhr, Sonntag 9.30 bis 12.00 Uhr,
Feiertag geschlossen.)

10. Bezirk:

19.00 Uhr, Volkshochschule Favoriten, Arthaberplatz 18:
Fest schöner Stimmen. Aus der Welt der Oper.
Mitwirkende: Margarete Kyriakis (Sopran), Takis
Neofotistos (Baß). Gestaltung, Einführung und
Klavierbegleitung: Prof. Robert Schollum.
Gastkarten 5 S. ./.

13. Bezirk:

- 15.30 Uhr, Anton Langer-Gasse 39 (Städtischer Kindergarten):
Dichterlesung für sechs- bis zehnjährige Kinder.
Es liest Vera Ferra-Mikura. (Nur für Hortkinder.)
- 19.30 Uhr, Hietzinger Kai 1 (Festsaal des Amtshauses):
Festliche Hausmusik. Mitwirkende: Schüler der
Zweigschulen für den 12., 13. und 14. Bezirk der
Musiklehranstalten der Stadt Wien. Leitung:
Direktor Julius Saxinger. (Nur für geladene Gäste.)

14. Bezirk:

- 11.00 Uhr, Hochsatzengasse 22-24 (KMH Schule): Ausstellung.
Zeichnungen und Handarbeiten unserer Schuljugend.

15. Bezirk:

- 12.00 Uhr, Hauptwerkstätte der WVB XV: Bezirksjugendsingen.
Kinder singen in den Betrieben.
- 12.00 Uhr, Hauptwerkstätte der ÖBB XV: Bezirksjugendsingen.
Kinder singen in den Betrieben.
- 12.00 Uhr, Pantherbrotwerke: Bezirksjugendsingen. Kinder
singen in den Betrieben.
- 12.30 Uhr, Bally-Schuhfabrik: Bezirksjugendsingen. Kinder
singen in den Betrieben.
- 16.00 Uhr, Städtische Bücherei (Lehrlingsbücherei), Hüttel-
dorfer Straße 7-17: Dichterlesung für Jugendliche.
Oskar Jan Tauschinski liest aus eigenen Werken.

18. Bezirk:

- 19.00 Uhr, Amtshaus, Festsaal, Martinstraße 100, 2. Stock:
Bunte Akkordeonklänge. Mitwirkende: Akkordeon-
Spielgruppe "Gertraud".

19. Bezirk:

Gatterburggasse 14 (Sitzungssaal, Stiege I):
Ausstellung "Döbling, Bezirk zwischen gestern
und morgen".

20. Bezirk:

- 19.30 Uhr, Festsaal des Amtshauses Brigittaplatz 10: Er-
öffnungsabend "Heiteres Wien". Mitwirkende:
Vera Swoboda-Wiener Lieder und Operettenklänge,
Richard Eybner - heitere Lyrik, Die Wiener Kon-
zertschrammeln.

Feierliche Eröffnung des Kulinarischen Festivals 1964
=====

22. Mai (RK) Es war ein farbenprächtiger Zug, der unter den Klängen der Polizeimusikkapelle in den Arkadenhof des Wiener Rathauses einmarschierte. Winzerinnen, weiß gekleidete Köche, Kellner, die Platten mit den appetitlichsten Dingen trugen, und eine fröhliche Schar von Kellnerinnen, ausgerüstet mit bunten Luftballons, gab es da zu sehen. Mit einem Wort: alles zum Anbeißen! Dem Zug voran fuhr ein auf einem Auto montierter, echter - aber tief gekühlter - Hai. (Wir hoffen, daß dieses Tier nicht als Symbol für die an der Aktion beteiligten Gaststättenbetriebe gedacht ist!)

In den Wappensälen des Wiener Rathauses wurde Aufstellung genommen. In angemessen aufgeräumter Stimmung fand sich Bürgermeister Jonas mit den Stadträten Dr. Drimmel und Maria Jacobi zur Eröffnung des 6. Kulinarischen Festivals ein. Wie der Präsident Zauner in seiner Eröffnungsansprache ausführte, ist es heuer das sechste Mal, daß der "Bund österreichischer Gastlichkeit" diese Veranstaltung durchführt. Dem Bund gehören in ganz Österreich 230 Gaststättenbetriebe an, 70 davon in Wien. Die Veranstaltung hat neben ihrem fröhlichen und werbenden Charakter auch das durchaus ernsthafte Ziel, die Qualität der österreichischen Küche zu verbessern und die Leistungen des Gastgewerbes zu steigern. Im Zusammenhang mit der Wiener Internationalen Gartenschau steht das heurige Festival im Zeichen der Blume.

Präsident Zauner verwies auf die Möglichkeit, im Rahmen des Kulinarischen Festivals einen neuen Titel zu erwerben: Es wird jeder zum "Ritter der Tafelfreuden" ernannt werden, der in Mitgliedsbetrieben des Bundes österreichischer Gastlichkeit fünf Mahlzeiten "besteht". Dafür gibt es ein Diplom, mit dem der frischgebackene "Ritter" auf der WIG einen Blumenstrauß erhält.

Außerdem werden 300 Luftballons in den Wiener Himmel geschickt werden, auf denen Gratiskupons für Mahlzeiten in den Mitgliedsbetrieben hängen. Die glücklichen Finder mögen davon mit gutem Appetit Gebrauch machen! Am Sonntag, dem 24. Mai, wird in der Krieau ein Trabrennen stattfinden, bei dem erstmals Köche als

Jockeys in Erscheinung treten. Für die Besucher dieser Veranstaltung sind neben vielen anderen Preisen von der AUA auch drei Gratisflüge ausgesetzt.

Bürgermeister Jonas sagte, daß die Wappensäle nur selten so eine bunte und fröhliche Gesellschaft sehen, wie beim Kulinarischen Festival. Er beglückwünschte die Veranstalter zu der Wahl des Mottos "Im Zeichen der Blume" und dankte dem Präsidenten Zauner für seine Tätigkeit im Bund österreichischer Gastlichkeit. Er sei auch als Förderer der Verschönerung von Wien und als Mitarbeiter des Gartenbauamtes im Rathaus rühmlichst bekannt.

Darauf ergriff der Bürgermeister einen riesigen rot-weiß bebänderten Kochlöffel und schlug Präsident Zauner nicht nur zum "Ritter des Kochlöffels", sondern auch zum "Ritter der goldenen Rose". Der Bürgermeister gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß in den kommenden Wiener Festwochen nicht nur die Musik, sondern auch die Kunst der Köche die Stadt beherrschen wird. Er schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß die Bevölkerung auch in aller Zukunft vor solchen Portionen stehen möge.

Inzwischen hatten junge Köche eine riesige Torte herbeigeschleppt. Sie wiegt 52 Kilogramm und hat einen Durchmesser von 1.10 Meter. Bürgermeister Jonas übergab sie der "Verwaltung" von Frau Stadtrat Maria Jacobi. Die Torte wird zusammen mit anderen Leckerbissen in den städtischen Kinderheimen dankbare Abnehmer finden!

- - -